

6. Februar 2012

Neukonzeption des Nahverkehrs darf Sicherheit nicht gefährden

Bau-Innung Heidelberg kritisiert Landesregierung für Ablehnung des Zuschusses für Hebelbrücken-Neubau

Heidelberg. Die Landesregierung hat die Zuschüsse für den dringend benötigten Neubau der Hebelbrücke verweigert (RNZ, 21.1.12). Hintergrund ist die geplante Stärkung des so genannten „Umweltverbundes aus Fußgängern, Fahrradfahrern und öffentlichem Nahverkehr“ gegenüber motorisiertem Verkehr.

Die Bau-Innung Heidelberg unterstützt die Zielsetzung der Landesregierung, die Sanierung und den Erhalt von Straßen schnellstmöglich voranzutreiben. Markus Böll, Obermeister der Bau-Innung Heidelberg: „Dies kann allerdings nicht bedeuten, dass festgestellte Sicherheitsmängel aus Kostengründen, bzw. wegen einer Umverteilung des Budgets einfach ignoriert werden.“ Die Bau-Innung Heidelberg fordert in einem Schreiben an die regional ansässigen Landtagsabgeordneten, den Bewilligungsstopp für die Jahre 2012 und 2013 neu zu überdenken und dringend benötigte Projekte wie die Hebelbrücke trotzdem in Angriff zu nehmen.

Auch Thomas Möller, Geschäftsführer des Verbandes Bauwirtschaft Nordbaden, kritisiert die Streichung der Fördermittel: „Die Landesregierung hat bei Ihrer Ablehnung nicht in Betracht gezogen, dass es sich beim geplanten Neubau der Hebelbrücke nicht um eine Ausweitung des bestehenden Straßennetzes sondern um den dringend benötigten Austausch einer bereits bestehenden und laut Gutachten stark überlasteten Brücke handelt. Die Instandhaltung der Infrastruktur kann nicht allein den Gemeinden überlassen werden. Wie sollte ein Fußgänger in der Hebelstraße die Bahngleise ohne funktionstüchtige Brücke überqueren?“

Wiebke Zuschlag / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 0621-42301-42, Fax: 0621-42301-41, e-mail: zuschlag@bau-nordbaden.de

Verband Bauwirtschaft Nordbaden e.V., Bassermannstraße 40, 68165 Mannheim, www.bau-nordbaden.de